

Ideen für ein sauberes Saarland

Als Netzwerk der saarländischen Cleanup-Initiative wollen wir dem Land, den Ministerien und den Kommunen eine Liste mit Ideen unterbreiten, die zu einer Verbesserung der Situation im Saarland beitragen können.

Lösungsansätze, die an die Wurzel gehen und keine falschen Anreizmechanismen liefern.



Wir sehen hier aber nicht nur den Ansatz „Sauber ist Schöner“ sondern wollen das Thema grundsätzlicher betrachten.

Bezogen auf das Saarland zeigen sich alle Problem hier besonders deutlich.



Contents

Ideen für ein sauberes Saarland	1
Werbung durch Gemeinden	2
Gemeinde als Veranstalter	2
Geschredderter Müll am Straßenrand.....	2
Prekäre Situation für Fernfahrer.....	3
Unterstützung der kommunalen Kreislaufwirtschaft	3
Kosten und Schäden dokumentieren.....	3
Mülleimer ersetzen.....	4
Containerstellplätze	4
Bußgelder.....	4
Vorsorgepflicht – Mitführen eines Taschenaschenbechers	5
Mehrwegsysteme	5
Pfand	5
Zigarettenpfandsysteme und Kontrollen auf Veranstaltungen	6
Ausschluss von McDonalds vom Umweltpakt	6

Höhere Transparenz beim Öko-Mobil	6
Ökologische Erziehung.....	6
Ökologische Aspekte in der Fahrschule	6
Müll und Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen.....	7

Werbung durch Gemeinden

Gemeinden können aktiv (auf Gemeinde-Homepage, Gemeindemitteilungen, Kickoff-Veranstaltungen, etc.) die Gründung und die Teilnahme an einer lokalen Cleanup-Initiative bewerben.

Müllsammler können vom örtlichen Bauhof unterstützt werden (Müllsäcke, Handschuhe, Müllgreifer, etc.).

Gemeinden können das Cleanup-Netzwerk logistisch unterstützen, besonders beim Abtransport des Mülls.

Wir stellen immer wieder fest, dass die Entsorgung des gesammelten Mülls ein Hemmschuh für alle Menschen ist, die ansonsten mit dem Müllsammeln beginnen würden.

Wenn die Gemeinden aktiv zur Kooperation aufrufen würden und es in jedem Ort ein lokales Netzwerk gäbe, dann könnte das deutlich besser laufen.

Unsere Erwartung: Gemeinden kommen auf uns (Cleanup Saarland) zu, um die nächsten Schritte zu besprechen.

Gemeinde als Veranstalter

Gemeinden können Veranstaltungen und Aktionstage organisieren. Hier ist ganz besonders z. B. der **World Cleanup Day** an jedem 3. Samstag im September zu nennen. Daraus könnte ein Herbst-Picobello werden, der wieder viele Menschen motiviert, selbst etwas zu unternehmen.

Straßensperrungen für Müllsammelaktionen könnten eingerichtet werden und verschiedene Themen ließen sich miteinander kombinieren (z. B. Müllsammeln und Europäische Mobilitätswoche). Logistisch könnten wir Unterstützung erfahren (Transporter, etc. bereitstellen), damit z. B. Altlasten aus einem Hang oder Wald gefördert werden können.

Unsere Erwartung: Gemeinden sprechen die lokalen Cleanup-Initiativen an, um die nächsten Schritte zu besprechen.

Geschredderter Müll am Straßenrand

Es ist für uns immer wieder ein großes Ärgernis, wenn selbst über große Plastikgegenstände mit dem Seitenstreifenmäher einfach drübergefahren wird. Hier fehlt auch das Verständnis der Gemeinden. Aussagen wie: „Wenn man noch zwei- oder dreimal drüber mäht, ist alles weg!“ zeigen das sehr deutlich.

Wir als Cleanup Initiative können anbieten, dass wir Müll einsammeln könnten, wenn wir das früh genug erfahren. Natürlich ist das auch für uns nicht leicht, da wir das nur ehrenamtlich machen und nicht unbegrenzt Zeit haben. Außerdem sind Räumarbeiten auf vielen Straßen sehr gefährlich.

Unsere Erwartung: Dieses Thema sollte ergebnisorientiert mit den verschiedenen Akteuren besprochen werden. Auch das LfS muss dann mit einbezogen werden. Wir erwarten auch ein anderes Problemverständnis. Aufheben ist immer günstiger als Kleinschreddern!

Prekäre Situation für Fernfahrer

Fernfahrer hinterlassen große Mengen an Müll, weil es für Sie auch an Alternativen bzw. deren Kenntnis mangelt. Es gibt kaum Toiletten, die sie nutzen können; es gibt kaum Verständnis für eine sinnvolle Mülltrennung, etc.

Ständig sind sie unter Druck und können kaum Pausen machen. Entsprechend liegen viele Plastikflaschen am Straßenrand, die als Urinflasche verwendet wurden und für uns besonders ekelhaft sind.

Unsere Erwartung: Dieses Thema sollte ergebnisorientiert mit den verschiedenen Akteuren besprochen werden.

Unterstützung der kommunalen Kreislaufwirtschaft

Das Feld ist sehr groß und weitreichend. Wir denken hier an den Aufbau kommunaler Sammelstellen für verschiedene Wertstoffe. Alles was in eine öffentliche Mülltonne landet, ist praktisch für die Kreislaufwirtschaftssysteme verloren. Diesen Zustand möchten wir ändern. Konkret denken wir an Sammelstellen für Kippen. Bürger können dort die Kippen abgeben, die sie in ihren Taschen-Aschenbechern gesammelt haben. Gemeinden oder auch das Land sollten Taschenaschenbecher ausgeben. Gemeinden sollten ein Einwegverbot auf Veranstaltungen einführen (und sich dann auch daran halten). Pfandsysteme sollten unterstützt werden, indem eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut wird (z. B. Pfandgeschirr, Spülmobil).

Unsere Erwartung: Gemeinden und das Land besprechen die Details gemeinsam und versuchen mit konkreten Maßnahmen gemeinsam die Situation zu verbessern. Dies klappt gut, wenn die verschiedenen Maßnahmen abgestimmt sind (z. B. Pflichtpfand, Bußgelder, Kontrollen, etc.). Es wäre wünschenswert, wenn das Saarland, oder seine größeren Kommunen Mitglied bei Tobacycle (oder einem anderen Zigarettenentgifter) werden könnten. Momentan nehmen wir auch gesammelte Kippen (z. B. von der Gastronomie) entgegen und überführen sie zu einer Entgiftungs- und Recyclinganlage in Köln. Dies wird derzeit noch von uns privat finanziert.

Wir sehen aber bei allen Kreislaufsystemen das Umweltministerium auch als treibenden Motor. Es geht hier nicht nur um Müll, sondern auch um den Ressourcenschutz. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ hat das Saarland in dem Bericht „Vergleich der Bundesländer: Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien 2019 – Indikatoren und Ranking“ (https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.698754.de/diwkompakt_2019-145.pdf) auf den letzten Platz der Bundesländer gesetzt. Das Saarland hat sicherlich nicht das Potential hier ganz vorne zu sein, aber es werden besonders auch die fehlenden Bemühungen kritisiert.

Kosten und Schäden dokumentieren

Wir haben den Eindruck, dass die Gemeinden keinen Überblick haben, welche Kosten und besonders welche Schäden ihnen durch wilden Müll, Littering, etc. entstehen und welche Kosten für Straßenreinigung und Müllentsorgung aufgebracht werden müssen. Auch der Ressourcenverlust sollte thematisiert werden. Wenn in einem Gemeinderat über das Aufstellen eines Mülleimers abgestimmt wird, gibt es keine Kostenkontrolle. Bürger fordern auch schnell weitere Mülleimer, sind sich der Kosten aber auch nicht bewusst. Wir betrachten es als eine Aufgabe der Gemeinden, auch dieses Thema öffentlich zu machen und somit den Meinungsbildungsprozess zu unterstützen. Hätten die Bürger die Wahl zwischen einem weiteren Mülleimer und einer funktionierenden Schultoilette für ihr Kind, würden sie den Mülleimer vielleicht weniger stark fordern.

Unsere Erwartung: Gemeinden machen das Thema (Kosten, Schäden, entgangener Nutzen) transparent und bieten Informationen an, wie das in der Gemeinde besser laufen kann.

Mülleimer ersetzen

Müll in öffentlichen Mülleimern landet in der Verbrennung. Wertstoffe sind somit verloren, was die Anstrengungen zu einer Kreislaufwirtschaft erneut untergräbt.

Unsere Erwartung: Nachdem die Gemeinden den Bürgern die Kosten des Mülls transparent gemacht haben, sollten Mülleimer abgebaut werden. Dort wo Mülleimer als unverzichtbar erscheinen, sollten sie durch entsprechende Trennsystem-Mülleimer ersetzt werden, damit Kunststoffe, Glas und Papier und organisches Material in die entsprechenden Stoffkreisläufe zurückgeführt werden können. Hier sehen wir auch den Bedarf, Zigarettenkippen als Giftmüll gesondert zu behandeln.

Containerstellplätze

Wie wir alle erfahren mussten, sind Containerstellplätze die erste Adresse bei der illegalen Müllentsorgung. Den Gemeinden und damit den Bürgern entstehen hier riesige Kosten.

Unsere Erwartung: Wir erwarten, dass das Saarland die rechtlichen Grundlagen schafft, dass Containerplätze auch überwacht werden dürfen. Von den Gemeinden erwarten wir, dass sie Überwachung und Kontrollen durchführen und konsequent Bußgelder verhängen.

Gemeinden sollten Container nur noch dort aufstellen, wo es eine gewisse soziale Kontrolle gibt und sie sollten die Container auch so aufstellen, dass sie gut einsehbar sind (also nicht mehr in zwei Reihen).

Bußgelder

Saarländische Gemeinden haben in Berlin um finanzielle Unterstützung gebeten. Da ist es verwunderlich, dass das Saarland bei Bußgeldern Schlusslicht in Deutschland ist. Es ist doch auch eine Aufgabe des Sozialstaats, dass er zur Finanzierung asoziales Verhalten sanktioniert. Kontrollen werden im Saarland ebenfalls selten durchgeführt. Insgesamt liegen die Einnahmen durch Bußgelder eher in dem Bereich von 1% der verursachten Kosten und vielleicht bei etwa 0,2% der verursachten Schäden. Das ist weder fair noch zielführend.

Eine weggeworfene Zigarettenkippe, bzw. 0,5 Liter Farbe sind für die Umwelt deutlich schädlicher als das eine Bananenschale. Auch als Verbraucherschutzministerium sollte hier Verantwortung übernommen werden. In 100% der Muscheln auf unserem Teller ist Mikroplastik vorhanden und Cellulose Azetat von Zigarettenfiltern ist immer mit dabei. Nikotin ist als Insektengift schon seit rund 50 Jahren in Deutschland verboten. Pro Tag gelangen aber allein in Deutschland rund 170 Mio. Kippen in die Umwelt.

Unsere Erwartung: Wir erwarten von den Gemeinden, dass die Bußgelder und Kontrollen deutlich erhöht werden. Sie sollten so hoch sein, dass sich das System selbst finanziert. Die Gemeinden sollten den Spielraum komplett ausnutzen (also 100 Euro Strafe bei einer weggeworfenen Kippe, statt nur 15 Euro).

Vom Umweltministerium erwarten wir eine Überarbeitung des Bußgeldkatalogs, damit er sich an den Schäden und nicht an ästhetischen Gesichtspunkten orientiert. Es geht dabei um die Bearbeitung der Kategorien und die Maximalhöhe des Bußgeldes. Die Bezeichnung „unbedeutende Produkte“ ist eine Bagatellisierung, die nicht länger beibehalten werden sollte.

Vorsorgepflicht – Mitführen eines Taschensaschenbechers

Der häufigste Müll ist die weggeworfene Zigarettenkippe. Hinzu kommt auch noch die Beobachtung, dass der meiste Müll von Rauchern weggeworfen wird. Die Zigarettenkippe ist also auch bei der Vermüllung die „Einstiegsdroge“.

Damit auch beim Thema Zigarettenkippen Erfolge möglich sind, sollte das Mitführen eines Taschensaschenbechers verpflichtend werden (ähnlich, wie bei den Hundekotbeuteln beim Führen eines Hundes). Damit können Bußgelder viel leichter verhängt werden und man muss nicht warten, bis der Raucher den Fuß von der Kippe genommen hat und weggeht.

Unsere Erwartung: Wir erwarten von der Saarländischen Landesregierung die Ausarbeitung eines rechtlichen Rahmens, der das Mitführen eines Taschensaschenbechers von einem Raucher verlangt. Die Gemeinden übernehmen Kontrollen und verhängen Bußgelder. Dabei könnte das Bußgeld durchaus mit der Überlassung eines Taschensaschenbechers verbunden werden. Es wäre also eher ein pädagogisches Bußgeld.

Der Einwand, dass der Raucher seine Kippe auch in einem öffentlichen Mülleimer entsorgen könne und das Netz ausreichend sei, möchten wir hier relativieren. Kaum ein öffentlicher Mülleimer hat eine Vorrichtung zur fachgerechten Entsorgung von Zigarettenkippen. Es muss sichergestellt werden, dass bei Regen keine Giftstoffe ausgewaschen werden können. Ein Raucher kann nicht erwarten, dass die Kommunen solche Mülleimer überall aufstellen. Vielmehr ist es die Verantwortung des Rauchers, die fachgerechte Entsorgung der Kippe immer und überall zu gewährleisten.

Mehrwegsysteme

Alleine durch Pappbecher entstehen in Deutschland pro Jahr (laut ifeu mit Basisjahr 2016) ein Abfallvolumen von 400.000m³. Wir gehen davon aus, dass allein durch Corona dieser Wert massiv gestiegen ist. 720 Mio Euro zahlen Städte und Gemeinden alleine für die Beseitigung von Einwegverpackungsmüll. Dabei können Mehrwegbecher und -boxen trotz Pandemie bedenkenlos verwendet werden. Hier sind besonders die Lösungen von Recup zu nennen, die auch für Städte und Gemeinden Lösungen anbieten (<https://recup.de/fuer-staedte/>).

Unsere Erwartung: Wir erwarten von den Gemeinden, dass sie ähnlich wie in Tübingen eine kommunale Verbrauchssteuer einführen, die die Nachteile durch Einwegverpackungen vollumfänglich ausgleicht. Wenn sich alle Gemeinden daran beteiligen und auch das Saarland dies unterstützt, könnte das Saarland als erstes Bundesland eine flächendeckende Lösung erreichen. Wir fordern weiter einen Verzicht von Einweg-Verpackungen in der öffentlichen Beschaffung und die finanzielle Förderung von Mehrweg-to-go-Systemen.

Pfand

Neben einem Pfand auf Einwegverpackungen möchten wir auch die Pfandpflicht auch bei anderen Produkten sinnvoll. Von Glas geht in der Umwelt für Mensch und Tier eine ständige Verletzungsgefahr aus. Außerdem ist die Glaserzeugung extrem energieintensiv. Wir bergen jeden Tag unzählige Flaschen, aber Glasscherben sind auch für uns sehr gefährlich. Eine Pfandflasche kann sehr oft erneut befüllt werden. Sortenreines Glas im Container braucht mindestens Temperaturen von 1.300 °C zum Umschmelzen.

Unsere Erwartung: Wir wissen, dass das Saarland hier nicht alleine entscheiden kann. Wir erwarten aber vom Umweltministerium, dass es sich ganz entschieden für eine Ausweitung der Pfandpflicht und auch eine Anhebung des Pfands einsetzt. 0,08 Euro ist viel zu niedrig. Wir erwarten ein Pfand auf alle Glasflaschen (auch Schnapsflaschen) von mindestens 0,50 Euro.

Zigarettenpfandsysteme und Kontrollen auf Veranstaltungen

Nach Veranstaltungen im Außenbereich ist der Boden übersät mit Kippen. Als private Initiative haben wir schon oft vor Veranstaltungen Taschenaschenbecher verschenkt, die wir von unseren Pfandgeldeinnahmen finanziert haben. Viele Besucher nehmen dann einen Pfandaschenbecher mit, werfen die Kippe aber weiterhin auf den Boden und betrachten das als gutes Recht.

Unsere Erwartung: Gemeinden schaffen sich Pfandtaschenaschenbecher an und verteilen diese im Eingangsbereich von Veranstaltungen. Gleichzeitig werden auch Kontrollen durchgeführt und Bußgelder verhängt. Wir versprechen uns einen großen pädagogischen Effekt von dieser Maßnahme. Dieser Punkt ist ergänzend zur Taschenaschenbecherpflicht zu betrachten.

Ausschluss von McDonalds vom Umweltpakt

Die Müllmengen, die wir alleine von McDonalds täglich einsammeln sind gigantisch. Sie übersteigen sogar die Mengen, die wir von anderen Anbietern, wie z. B. Burger King einsammeln müssen. Bürger können daher nicht verstehen, warum McDonalds im Umweltpakt sind, was auch das Image der anderen teilnehmenden Unternehmen und die Glaubwürdigkeit des Umweltministeriums untergräbt. Im August wollen wir mit den verschiedenen Cleanup-Initiativen den gesammelten Müll genauer erfassen und den Herstellern zuordnen. Diese Zahlen werden wir auch veröffentlichen.

Unsere Erwartung: Wir erwarten, dass alle Unternehmen aus dem Umweltpakt ausgeschlossen werden, die keinen echten Beitrag für eine Umwelt leisten. Etwas Wasser auf der Toilette zu sparen, reicht da einfach nicht aus und wir sehen bei McDonalds auch keine weiteren Schritte. Den Gemeinden im Saarland ist es sicherlich auch nicht vermittelbar, dass ein Unternehmen zum Partner im Umweltpakt ernannt wurde, das Jahr für Jahr für steigende Kosten bei den Gemeinden verantwortlich ist.

Höhere Transparenz beim Öko-Mobil

Wir finden regelmäßig Chemikalien in der Umwelt. Das ist nicht gut für die Natur und gefährlich für Müllsammler. Sehr oft werden diese Dinge einfach an Containerstellplätze abgelegt.

Unsere Erwartung: Wir erwarten dass es eine höhere Transparenz bei den Leistungen des Öko-mobils gibt. Es wäre hier gut, wenn es eine Mischung aus Tages- und Jahreskontingent geben würde. Bei Renovierungsarbeiten fallen eventuell einmalig höhere Mengen an, für den Rest des Jahres aber nichts mehr.

Ökologische Erziehung

Kinder wissen oftmals nicht, wie ökologische Kreisläufe funktionieren. Im Schulunterricht fehlt das Wissen über diese Dinge vollkommen. Bestenfalls wird vermittelt, was in welchen Sack kommen soll, „damit es weg“ ist.

Unsere Erwartung: Wir müssen weg von dem Begriff der „Entsorgung“ hin zu einem Bewusstsein aus Wertschätzung, Nutzung und Zurückführung in die Stoffkreisläufe.

Ökologische Aspekte in der Fahrschule

Dass man Müll nicht aus dem Autofenster werfen soll, wird in der Fahrschule leider nicht vermittelt. Vielmehr unterstützen nun Fastfoodketten „Wurfmülleimer“, die quasi dieses asoziale Verhalten legitimieren sollen.

Unsere Erwartung: Wir wünschen uns, dass das Thema für die Fahrprüfung wird. Außerdem wünschen wir uns deutlichere Strafen. Fliegt eine Kippe aus dem Auto, sollte das Auto für 3 Monate eingezogen werden. Es ist nicht vermittelbar, dass Feuerwehrleute ihr Leben riskieren, nur weil Menschen sich so fahrlässig verhalten.

Müll und Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen

Das Bundesverfassungsgericht hat das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung kassiert, weil es zukünftigen Generationen unverhältnismäßig viele Nachteile überlassen hat. Ähnlich sieht die Situation bei unserem Konsum und der Produktion von Müll aus.

Wäre das Saarland ein eigenständiges Land, so wäre es pro Kopf der zweithöchste Verursacher von Treibhausgasen (hinter Katar).

Gerade durch die konsequente Umsetzung der Kreislaufwirtschaft könnte das Saarland hier seine Position verbessern. Saarbrücken hat den Klimanotstand ausgerufen und sollte jetzt auch geeignete Maßnahmen ergreifen. Den Klimanotstand ausrufen, aber weiterhin den Gebrauch von Einwegbechern zu erlauben, das passt einfach nicht zusammen!



Nicole Glücklich
Zur Ring 22
66564 Ottweiler
Tel.: 06858-9009577
eMail: we@cleanup.saarland
www.cleanup.saarland

Arno Meyer
An der Merch 3
66557 Illingen
Tel.: 01578-6014819
eMail: arno.meyer@worldcleanupday.de
www.arno-meyer.de
www.cleanup.saarland